

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1922

387 (23.8.1922) Abendausgabe

Badische Presse

Neue Badische Presse **Handels-Zeitung** Badische Landeszeitung
Verbreiteste Zeitung Badens

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Finanzzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von
Ferd. Thiergartner

Redaktion:
Dr. Walter Schneider.
Verantwortliche Redakteure:
Für deutsche Politik und Wirtschafts-
politik: Dr. W. Schneider; für
böhmische Politik: Dr. G. Göttinger; für
Auslandspolitik: A. Simmig; für
Kunst, Wissenschaft u. Unterhaltung:
A. Rudolph; für lokale Angelegen-
heiten u. Sport: A. Goldberger; für
die Handelszeitung: Dr. S. Dörfler;
für Anzeigen: A. Rinderspacher,
alle in Karlsruhe.
Vertreter:
Dr. Kurt Weigert.

Verlagsdruck:
Geschäftsstelle: Nr. 86,
Redaktion: Nr. 309 und 319.
Geschäftsstelle:
Artikel- und Sammlungs-Geb. nächst
Kaiserstraße und Marktplatz.
Postfach-Konto: Karlsruhe Nr. 8359.

Bezugs-Preise:
In Karlsruhe: Im Verlage
und in den Zweigstellen abgeholt
monatlich M. 50.—, frei ins Haus
monatlich M. 55.—.
Auswärts: Von unseren Abon-
nenten bezogen M. 55.—. Durch die
Post einisch. Postgebühren M. 55.—.
Einsel-Numer: M. 1.50.
Anzeigen:
Die 3 tägige Nonpareilzettel M. 9.—,
auswärts M. 12.—. Stellenangebote und
Kontingentsanzeigen M. 7.—. Die Restame-
nte M. 45.—, an erster Stelle M. 50.—.
Bei Wiederholung tariflicher Rabatt,
bei der Nichtentnahme des Foliens, bei
zeitweiliger Unterbrechung und Kontinuität
über Kraft tritt. Für Plakate
Anzeigen und Tag der Aufnahme kann
einmalige Gewährung übernommen werden.
Im Fall höherer Gewalt hat der Ver-
leger keine Ansprüche bei verspäteter
oder Nichterfüllung der Zeitung.

Englisch-französische Interessengegensätze.

Um das Moratorium.

Die Gefahr einer französischen Wirtschaftshegemonie
S. Paris, 23. August. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-
erstatters.) Der „New York Herald“ sagt zu den Berliner Verhand-
lungen, daß die Reichsregierung immer noch die Hoffnung
habe, ein Moratorium ohne neue Zugeständnisse zu erlangen, und
rechnet vor allem mit der Unterstützung Englands in der
Erwägung, daß eine Kontrolle der deutschen Kohle im Zusammen-
hang mit der lothringischen Eisenindustrie Frankreich eine in-
dustrielle Vorherrschaft auf dem Kontinent gewähren
würde, die nicht mehr von den englischen Kohlenlieferungen ab-
hängig wäre. Alle Bemühungen der englischen Politik gingen da-
hin, dies zu verhindern. In Berlin glaube man deshalb, das Brab-
ury Mauleverles neue Forderungen an Deutschland solange hinaus-
zögern wolle, bis die neue Konferenz im November sich mit der
allgemeinen Finanzlage beschäftigt haben werde. Der „Matin“
glaubt, daß man es schon als ein günstiges Zeichen zu betrachten
habe, daß die Verhandlungen, die gestern den ganzen Tag über ge-
führt wurden, nicht bereits abgebrochen seien und daß die
Mitglieder der Reparationskommission auf einen Abschluß der
Besprechungen drängen würden.

Parmentiers Mißerfolg.

S. Paris, 23. August. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-
erstatters.) Der Führer der französischen Delegation, der in Washin-
gton über die Schuldfrage verhandelt hat, Parmentier
vom Finanzministerium, wird heute New York verlassen, um nach
einer erfolglosen Sonderaktion Frankreichs bei der amerikanischen
Regierung nach Paris zurückzukehren. Der „New York Herald“
wird von einer hohen französischen Persönlichkeit aus dem Finanz-
ministerium wissen, daß Parmentier nicht, wie vielfach behauptet
wird, als Führer einer aus französischen Delegierten zusammenge-
setzten Kommission wieder nach New York reisen werde. Parmentier
werde einen längeren Urlaub nehmen bis nach den amerikanischen
Wahlen. Nach der Wendung, die der französische Versuch über einen
Schuldenerlaß bei der amerikanischen Regierung genommen habe,
werde Frankreich seine zukünftige Haltung gegenüber Amerika
selbst im Hinblick auf eine Verständigung mit England und womög-
lich auch Deutschland einrichten. Verschiedene Vertreter der ameri-
kanischen demokratischen Partei, darunter Oberst Houder, der frühere
Vizepräsident Cox und Olyn, haben erklärt, daß Frankreich sich am
besten still verhalte, bis es der Demokratie gelungen sei, die ameri-
kanische öffentliche Meinung auf die Ansichten der Wilsonschen Zeit
zurückzuführen. Infolgedessen werde Frankreich keine neuen Ver-
suche unternehmen, bis die politische Lage in Amerika geklärt sei.

Seine politische Rede Lloyd Georges.

S. Paris, 23. August. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-
erstatters.) Nach hier vorliegenden Berichten aus London wird
Lloyd George seine Ansprache, die er heute bei der Ein-
weihung eines Kriegerdenkmals halten wird, nicht, wie vielfach
behauptet wird, zu einer politischen Rede ausgestalten. Der Minister-
präsident wird, nach offiziellen Meldungen zu urteilen, Poincaré bei
dieser Gelegenheit nicht auf dessen Rede in Bar-le-Duc antworten
und überhaupt die politische Lage bei dieser Ansprache nicht berühren.

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs.

m. Berlin, 23. August. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-
leitung.) Nachdem die Verhandlungen mit Bayern zu einem be-
friedigenden Abschluß gekommen sind, wird vom Reichs-
justizministerium jetzt die Ernennung der Mitglieder
des Staatsgerichtshofs bekannt gegeben. Die meisten der
Namen sind bereits bekannt: Senatspräsident Dr. Hagers, die
Reichsgerichtsräte Dr. Baumgarten und Döhm, der frühere
Reichsstaatsanwalt Fehrenbach vom Zentrum, der württembergische
Gesandte Hildebrandt von den Sozialdemokraten, der unab-
hängige Jaedel, der Demokrat Hartmann und der Vorsitzende
der sozialdemokratischen Fraktion Hermann Müller. Eine Ueber-
sichtung ist, daß der Münchener Universitätsprofessor von Callert,
der von der Deutschen Volkspartei zuletzt vorgeschlagen war, aber
abgelehnt hatte, weil er damals auch für die Stelle des
bayerischen Justizministers in Frage kam, sich nun doch für die
Annahme des Mandats bereit erklärt hat. Zu stellvertreten-
den Mitgliedern sollen von der Deutschen Volkspartei der
frühere mecklenburgische Ministerpräsident Reinde-Bloch, von
den Demokraten der frühere sächsische Minister, der Demokrat Dr.
Reinhold, von den Sozialdemokraten der frühere Wirtschafts-
minister Wisseil und von den Unabhängigen der Verbandsvor-
sitzende Aufhäuser ernannt werden, außerdem Senatspräsident
Dr. Jatz und Reichsgerichtsrat Niedner. Zu Untersuchungsrich-
tern und zugleich zu Ermittlungsrichtern sind der sächsische Landge-
richtsrat Dr. Richter und der preussische Kammergerichtsrat
Woll bestellt worden.

Polnische Vertragstrennung.

In dem nach Überwindung unendlicher Schwierigkeiten mit Polen
abgeschlossenen Genfer Wirtschaftsvertrag ist ausdrücklich festgelegt
worden, daß bis auf weiteres die deutsche Valuta in polnischen
Oberhöchstleistungen bestehen bleiben soll. Der Einführung der polnischen
Valuta muß eine Kündigung durch Polen vorangehen, für die be-
stimmte Fristen festgelegt sind. Aber was gelten polnischer Geistesart
Verträge? Von jeher geht man in Warschau offenbar von der An-
schauung aus, daß sie nur dazu da sind, um gebrochen zu werden. Das
hat nicht nur Deutschland, das hat in auch andere Völker schon unzäh-
lige Male zum eigenen Schaden erfahren müssen. So ist jetzt in Pol-

Interessengegensätze.

Der Streit um die Rüstungspolitik

Herabsetzung der französischen Schulden bei Ein-
schränkung der Militäransgaben.
S. Paris, 23. Aug. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-
erstatters.) Der „Temps“ setzte gestern abend seine Polemik gegen
das englische Regierungsblatt „Daily Chronicle“ fort, nachdem der
„Daily Chronicle“ trotz des energischen Protestes des „Temps“ neuer-
dings und noch ausführlicher betont, daß England erst dann daran
denken könne, seine Forderungen gegenüber Frankreich zu streichen,
wenn die französischen Militärausgaben herabge-
setzt seien. In seinem Leitartikel hat der „Daily Chronicle“ be-
sonders auf das Budget für Unterseeboote hingewiesen. Weit
davon entfernt, dies zu werrücken, fügt das Blatt hinzu, die Unter-
seeboote bilden nur ein Beispiel. Das gleiche gelte für die Luft-
schiffahrt, die Okkupationsarmee und überhaupt die ganze
ganze Politik, die fortwährend neue Rüstungen bedinge. Der
„Temps“ versucht nochmals den Zahlen entgegenzutreten, die ein für
allemal beweisen sollen, daß das englische Budget im Vergleich zum
französischen entsetzlich bescheiden sei. Der „Temps“ sagt daß aus
dem am 31. März eingebrachten Budgetentwurf und dem am 1. Mai
bewilligten englischen Budget hervorgehe, daß Frankreich für das
Jahr 1922 für die Rüstungen eine Gesamtsumme von 5,818 Mil-
lionen Franken aufstelle, eingeschlossen die Kosten für die Kriegs-
marine, Kolonialtruppen und Pensionen. Die englischen Okkupations-
kosten aber würden bei einer Berechnung des Budgets zu 55 Franken
für das gesamte Budget annähernd 8 Milliarden Franken vorziehen,
nämlich 138 Millionen Pfund für Arme, Marine und Luftschiffahrt
und 7 Millionen Pfund für die Liquidierung des Munitionsschatzes
und Schiffsbaukosten. Dabei seien die Kosten für die Kolonien nicht ein-
gerechnet, die eine Höhe im vergangenen letzten Jahre von annähernd
3 1/2 Millionen Franken aufwies, während Frankreich zum Beispiel
für die Unterhaltung seiner Orientarmee während des zweiten Se-
mesters 1921 nur noch 180 Millionen nötig haben wird.

Elfa-Lothringen und die Retorsionen.

Protestersammlungen. — Ausweisung von Kommunisten. — Die
Zurücknahme der Wiedererhellungsmaßnahmen?
S. Paris, 23. Aug. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-
erstatters.) Der „Matin“ meldet aus Straßburg, daß die Sozialisten
von Mühlhausen für morgen eine Protestversammlung
gegen die Wiedererhellungsmaßnahmen in Elsaß-
Lothringen angekündigt haben. Wlad, ein Mitglied des konfede-
rativen Komitees in Elsaß-Lothringen, wird das Wort ergreifen und
dabei erklären, daß diese Maßnahmen den Beweis für eine Politik
erbringen, die nur geeignet sein könne, Elsaß und Lothringen
bis ins Kleinste zu zerstören. Die Sozialisten haben zu
dieser Versammlung Einladungen erteilt an die Abgeordneten
Brogli, Bilger und Scheer. Eine andere Meldung aus Straßburg
besagt: Infolge der am letzten Freitag in Straßburg abgehaltenen
kommunistischen Protestversammlung gehen die von Poincaré ver-
fürgten Wiedererhellungsmaßnahmen nun zwei Ausrichtungen
entlang. Es handelt sich diesmal um den Kommunisten Geiger,
der ein Schweizer Staatsbürger ist, aber aus Deutschland nach Elsaß
emigrierte, ferner um Harry Dickson, einen englischen
Studenten.
Der „Matin“ meldet, daß bereits in den letzten Tagen wieder-
gegebene Gerücht, daß die Wiedererhellungsmaß-
nahmen in allerhöchster Zeit rückgängig gemacht würden. Dieses
Gerücht ist betanlich von den französischen Wätern noch nicht de-
mentiert worden. Der „Matin“ betont, daß diese Entscheidung vor
allem im Hinblick auf die Intervention der Straßburger Han-
delstammer erfolgen wird.

Der Zerfall der Sozialistischen Partei Italiens

Die Folgen des Generalstreiks.
ai. Mailand, 23. Aug. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Blät-
ter melden, soll der Austritt der italienischen Gewerks-
chaftsbundes aus der sozialistischen Partei in nächster Zeit
bevorstehen, nachdem nun auch der Verband der Post- und Tele-
graphenbeamten von der sozialistischen Partei sich losgerissen will.
Man spricht bereits schon von einer Aufnahme von Beziehungen
mit den Reformsozialisten, falls der Austritt zur Tatsache
werden sollte. Während die sozialistische Partei auseinanderzufal-
len droht, sind innerhalb der bürgerlichen Mittel- und Rechtsparteien
alle Anstrengungen auf eine Zusammenarbeit auf parlamen-
tarischer Grundlage gerichtet.

Kongress der Internationalen parlamentarischen Union.

S. Paris, 23. Aug. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-
erstatters.) In Paris ist eine Gruppe von amerikanischen Senatoren
und Mitgliedern des Repräsentantenhauses eingetroffen, die sich nach
Wien zu dem am 28. August zu eröffnenden Kongress der Inter-
nationalen parlamentarischen Union begeben, deren Prinzip die
Völkerverständigung ist. Außer den Vereinigten Staaten
werden dort 22 Staaten vertreten sein, darunter Frankreich mit 10,
England mit 15, Italien mit 7, Japan mit 5, Chile mit 8 und
Ungarn mit 6 Delegierten.

Zeitungverbot im besetzten Gebiet.

Da. Koblenz, 22. Aug. (Eigene Drahtmeldung.) Die Rhein-
landskommission hat die in Berlin erscheinende „Staatsbürgerzeitung“
auf zwei Monate vom 28. August 1922 ab von dem besetzten Gebiet
ausgeschlossen, da sie wegen des in Nr. 27 erscheinenden Artikels
„Der Feind steht nicht rechts, Frankreich lacht“, die Würde der Be-
satzungstruppen beeinträchtigt.

Umschau.

Bei der Rückkehr von seiner Studienfahrt auf dem Kontinent
gab, wie in unserer Mittagsausgabe ersichtlich ist, der amerikanische
Bankier Vandervlip in Paris seiner Ansicht über die europä-
ische Krise Ausdruck. Er sprach davon, daß schwere Wolkten über
Europa dräuen und es augenblicklich keinerlei Heilmittel für die
Behebung der Schwierigkeiten gebe, und verwies auf die Einheits-
lichkeit der europäischen Wirtschaftslage. Drahtförmig
könnten seine Worte nicht illustriert werden als durch die Verhand-
lungen, die gegenwärtig in Berlin stattfinden. Auf der einen
Seite sind es die Beratungen der Unterhändler der Pariser Repara-
tionskommission mit der Reichsregierung, um zu einer wenigstens
vorläufigen Lösung des Reparationsproblems zu kommen. Auf
der anderen Seite steht das österreichische Problem, dessen
Lösung immer schwieriger und durch den Ausgang der Londoner
Konferenz immer drängender wird.

In stürmischer, unheilvoller Zeit trafen gestern der österreichische
Bundeskanzler Dr. Seipel und der Finanzminister Segur in
Berlin ein. Wir und das stammverwandte Volk sind seit den Tagen
von Versailles und St. Germain Schicksalsgenossen auf schwerem
Leidenswege geworden; jeder Sturz der Wafl reißt die österreichische
Krone mit in den Strudel und weit mehr noch wie bei uns sind alle
bisherigen Versuche Oesterreichs, aus eigener Kraft heraus der wirt-
schaftlichen und sozialen Katastrophe zu begegnen, gescheitert. Mit
bewundernswürdiger Geduld ging das österreichische Brudervolk den
schweren Weg und nahm in jüngster Zeit ohne Murren die weiteren
Entbehrungen und Einschränkungen auf sich, die das mühselige Selbst-
hilfeprogramm seiner Regierung ihm auferlegen mußte. Seiner
Durchführung hätte ein endgültiger Erfolg jedoch nur dann beschieden
sein können, wenn die obersten Voraussetzungen in Erfüllung ge-
gangen wären und die Ententemächte die versprochenen Kredite ge-
währt hätten. Aber wie vor einem halben Jahre Bundeskanzler
Schöber mit leeren Händen von Genua zurückkehrte, so wurde zu einer
großen Enttäuschung für Deutsch-Oesterreich auch die Londoner Kon-
ferenz, die, wie wir neulich an dieser Stelle ausführlicher, in fünf
Minuten das österreichische Kreditgeschick erledigte und an den Wöl-
ferbund verwies. Dieser Beschluß der Londoner Konferenz gab denn
auch den Anstoß zur Reise des Bundeskanzlers Seipel nach Prag
und Berlin, von wo er sich zuletzt nach Rom wenden will.
Es ist ein Zeichen von starker politischer Aktivität, daß die österrei-
chischen Staatsmänner in der letzten Stunde vor dem Anbruch
der drohenden Katastrophe zu retten suchen, was zu retten ist. Nicht
ohne Absicht hat die österreichische Regierung ausdrücklich niemals
von Oesterreich, sondern vom zentral-europäischen Problem
gesprochen und so gilt die Reise Seipels gerade den drei Brennpun-
kten der mitteleuropäischen Politik. Sie verfolgt auch weniger
Ziele, die auf neuerliche Kreditgewährungen hinausgehen, als sie
in der Hauptsache politischen Hintergrund hat.

In Prag stellte der Bundeskanzler dem Ministerpräsidenten
Benesch und der ganzen Welt die Zwangsfrage, ob es nicht viel-
leicht besser wäre, das zentraleuropäische Problem aufzurollen,
d. h. die Frage, ob nicht Oesterreich auf einem anderen Wege als
dem des ewigen Bittens und Bettelns aus einem wirtschaftlichen und
finanziellen Schwierigkeiten einen Ausweg suchen soll, nämlich dem
Weg zu einer ökonomischen Anlehnung an einen der Nachbarstaaten
oder an eine Mächtegruppe. Aber ebenso deutlich ließ er erkennen,
daß bei einer Anlehnung Oesterreichs an eine fremde Regierung
Deutschland in erster Linie in Frage komme. Es gibt eben
in der Geschichte der Völker Momente und Faktoren, die sie zwingen,
sich über alle papierernen Verträge und alle Verbote hinwegzusetzen
und den Weg zu beschreiten, an dessen Endstation sie die Morgenröte
einer besseren Zukunft zu erschauen hoffen. Für jeden unbefangenen Be-
obachter mußte es von Anfang an klar sein, daß ein Oesterreich, wie
es keine Schöpfer von Versailles und St. Germain gestalteten, für
sich auf die Dauer nicht lebensfähig sein kann, jedoch sich die öster-
reichische Regierung jetzt vor weittragende Beschüsse gestellt sieht,
wenn sie zum letzten Male den Versuch macht, den unvermeidlich
scheinenden Zusammenbruch zu verhindern. Es ist, wie selbst die
Pariser Presse feststellt, die verheißvolle Politik der Entente, die den
Bundeskanzler auf den Weg selbständigen Handelns zwingt. Daß es
soweit kommen mußte, ist nicht nur eine schwere Anklage gegen
den größten Vertrauensbruch der Politiker, die den Krüppel-
und Bettlerstaat geschaffen haben, sondern auch gegen das signierische
Gerede von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das nur dem
deutschen Volke nicht zugestanden wurde.

Im nächsten Monat tritt nun der Völkerverbund in Genf zu-
sammen, auf dessen Tagesordnung als einer der ersten Punkte die
österreichische Frage steht. Bekanntlich schreibt der Friedensvertrag
Oesterreich vor, sich wegen der Aufhebung des Nahrungsverbotes an
den Völkerverbund zu wenden. Durch die Aufstellung der österreichischen
Frage in Genf ist aber die Gefahr gegeben, daß man eine Lösung
zu finden sucht, die weder mit den Zielen der österreichischen Politik
noch den Zukunftsinteressen des deutschen Volkes in Oesterreich in
Einklang steht. Dieser Gefahr der Aufrollung der Frage als einer
politischen von anderer Seite sucht nun die österreichische Regie-
rung durch die Zühlungnahme mit den Nachbarstaaten zu bege-
gnen, welche in erster Linie an ihre interessiert sind. Daß diese bei
ihrer Stellungnahme sich von entgegengesetzten Gesichtspunkten leiten
lassen, liegt auf der Hand. So soll der italienische Außenminister
die Möglichkeit einer Zollunion zwischen Italien und Oesterreich
angeworfen haben, wobei dahingestellt bleiben mag, wie weit
Italien wirtschaftlich und finanziell imstande ist, ein wirtschaftliches
Protectorat über Deutsch-Oesterreich zu übernehmen. Jedenfalls
muß seine Politik dahinzielen, Deutsch-Oesterreich nicht der Macht-
sphäre der Kleinen Entente, die von der Tschekoslowakei geführt
wird, verfallen zu lassen.

Die geschichtliche Entwicklung und die eigenen Interessen
Deutsch-Oesterreichs verweisen sein politisches Zukunftziel auf die
deutsche Linie. Die Diskussion in Berlin wird sich sicherlich
auch mit diesen Dingen befassen, da man bei einem Stundung heil-
samen Volke keine finanzielle Hilfe suchen kann. Die einzig
mögliche Lösung des deutsch-österreichischen Problems ist eben nur
der Anschluß an das Deutsche Reich, der allerdings durch die Wäh-
rungstatastrophe in beiden Ländern wesentlich erschwert wird. Er
ist auch die einzig logische Folgerung aus dem Zusammenbruch der

